

Zeittafel zur Judenpolitik des NS-Regimes: Diskriminierung, Entrechtung, Verfolgung, Vernichtung

1933

30. Januar

Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler.

28. Februar

Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat («Reichstagsbrandverordnung») setzt Grundrechte außer Kraft.

23. März

Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich (Ermächtigungsgesetz).

1. April

Boykott aller jüdischen Geschäfte durch die SA
Aktionen gegen jüdische Ärzte, Juristen und Studenten.

7. April

Gesetz «zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums»

Ausschaltung u. a. aller «nichtarischen» Beamten (Sonderregelungen für jüdische Frontkämpfer).

13. April

Zusammenschluß der jüdischen Organisationen zum «Zentralausschuß für Hilfe und Aufbau». Vorläufer der «Reichsvertretung der Juden».

21. April

Gesetz über das Schlachten von Tieren: Das Schlachten nach jüdischem Ritus wird verboten.

22. April

Ausschluß der «nichtarischen» Lehrer aus den Lehrervereinen.

22. April

Die Zulassung von Kassenärzten «nichtarischer» Abstammung erlischt (Ausnahme: Frontkämpfer).

22. April

Einführung des «Arierparagraphen» im Deutschen Apothekerverein.

25. April

Numerus clausus für jüdische Studenten und Schüler.

25. April

Die deutschen Sport- und Turnvereine übernehmen den «Arierparagraphen».

6. Mai

«Nichtarische» Steuerberater werden nicht mehr zugelassen.

7. Mai

Kündigung aller jüdischen Arbeiter und Angestellten der Wehrmacht.

10. Mai
Bücherverbrennungen.
2. Juni
Verordnung über die Tätigkeit von Zahnärzten und Zahntechnikern bei den Krankenkassen: Eine Inanspruchnahme der Krankenkassen für die Tätigkeit «nichtarischer» Zahnärzte und Zahntechniker ist nicht mehr möglich.
14. Juli
Gesetz über Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit (insbesondere auf Juden aus Osteuropa angewendet).
20. Juli
Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums ermöglicht Entlassung auch «nichtarischer» Frontkämpfer.
23. Juli
Einführung des «Arierparagraphen» im Reichsverband Deutscher Schriftsteller.
26. Juli
Runderlaß des Reichsfinanzministers: Die Auswanderung von Juden ist erwünscht und darf nicht unterbunden werden, aber die Reichsfluchtsteuer wird erhoben.
10. August
Vertretungsverbot «arischer» und «nichtarischer» Ärzte bei Kassenbehandlung.
17. August
Runderlaß des Reichsarbeitsministers: «Arische» Abstammung des Ehegatten der Beamten erforderlich.
22. August
In zahlreichen Orten Badeverbote (an Badestränden, in öffentlichen Bädern usw.) für Juden.
13. September
Vererbungslehre und Rassenkunde wird pflichtmäßiges Prüfungsgebiet für alle Schüler.
22. September
Reichskulturkammergesetz. Für alle Bereiche der Kultur werden Kammern geschaffen. Zugehörigkeit ist Voraussetzung für die Betätigung in einem der Kulturzweige. Juden sind ausgeschlossen.
29. September
Reichserbhofgesetz. Bauer kann nur sein, wer deutscher Staatsbürger, deutschen oder stammesgleichen Blutes und ehrbar ist.
30. September
Der Kyffhäuser-Bund (Reichskriegerbund) schließt «Nichtarier» aus.
20. Oktober
Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund verbietet mit sofortiger Wirkung allen seinen Mitgliedern, jüdische Repetitoren zu besuchen.
31. Oktober
Sämtliche Rechtsanwälte und Juristen müssen dem Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen angehören, der nur «arische» Mitglieder aufnimmt. Die zugelassenen «nichtarischen» Rechtsanwälte bleiben in der Ausübung ihres Berufes unbehindert.
7. November
Änderung der Personalordnung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft
Wer «nichtarischer» Abstammung oder mit einer Frau »nichtarischer» Abstammung verheiratet ist, darf als Beamter bei der Reichsbahn nicht berufen werden. Beamte «arischer» Abstammung, die mit einer Frau «nichtarischer» Abstammung die Ehe eingehen, sind zu entlassen.

13. November
«Nichtarier» können weder als Schöffen noch als Geschworene berufen werden.
27. November
Die Aufführung von jüdischen Fest- und Feiertagen in Behördenkalendern wird verboten.
16. Dezember
Rundschreiben des Reichswirtschaftsministeriums zur ungestörten Abwicklung des Weihnachtsgeschäfts (Schutz jüdischer Firmen).

1934

28. Februar
Einführung des «Arierparagraphen» in der Wehrmacht (Ausnahmen für «Nichtarier» erlöschen mit dem Ausscheiden aus dem Dienst.)
5. März
Die Reichsschrifttumskammer verbietet den Vertrieb nationalsozialistischer Literatur durch Juden und Auslieferung an jüdische Firmen und Warenhäuser.
5. März
Das Auftreten von «Nichtariern» als Schauspieler ist auf deutschen Bühnen nicht mehr gestattet.
17. Mai
«Nichtarische» Ärzte oder Ärzte mit «nichtarischen» Ehepartnern verlieren die Zulassung zu den Krankenkassen, auch wenn sie Frontkämpfer sind.
18. Mai
Gesetz über die Reichsfluchtsteuer. Die Freigrenze wird von 200000 RM auf 50000 RM herabgesetzt.
23. Juni
Runderlaß der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung
Die Zuteilung von ausländischer Währung an Auswanderer wird von 10000 RM auf 2000 RM herabgesetzt. Nur eine mittelbare Transferierung ist zulässig.
26. Juni
Beamte, die «nichtarischer» Abstammung oder deren Ehepartner «nichtarisch» sind, sind nicht zu befördern.
28. Juli
Im Rahmen des «Haavara»-Abkommens ist es Juden erlaubt, durch Ankauf deutscher Waren Vermögen nach Palästina zu übertragen.
31. August
Prüfungsordnung für Tierärzte: Die Bewerber haben nachzuweisen, daß sie Arbeitsdienst geleistet haben (zu dem Juden nicht zugelassen wurden).
8. Dezember
Prüfungsordnung für Apotheker: «Nichtarier» werden zu der Prüfung nicht zugelassen.
13. Dezember
Reichshabilitationsordnung: Die Habilitation ist von der «arischen» Abstammung abhängig.

1935

16. Januar

Allgemeine Verfügung für die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft und sonstige Angelegenheiten der Rechtsanwälte: Anträge auf Zulassung haben Angaben über die «arische» Abstammung des Antragstellers zu enthalten.

5. Februar

Änderung der Prüfungsordnung für Ärzte und Zahnärzte: Nachweis der «arischen» Abstammung erforderlich.

10. Februar

Jüdische Versammlungen, in denen für das Verbleiben in Deutschland Propaganda gemacht wird, sind verboten.

März

Allen jüdischen Schriftstellern wird vom Präsidenten der Reichsschrifttumskammer mitgeteilt, daß ihnen jede schriftstellerische und literarische Tätigkeit in Deutschland untersagt ist.

12. März

Das Handwerkszeichen wird an «nichtarische» Handwerker nicht mehr abgegeben.

11. April

Parteimitgliedern wird der persönliche Verkehr mit Juden verboten.

24. April

Anordnung der Reichspressekammer zur Wahrung der Unabhängigkeit des Zeitungsverlagswesens: Zeitungsverleger werden aufgefordert, ihre «arische» Abstammung bis zum Jahr 1800 zu beweisen.

21. Mai

Wehrgesetz. Voraussetzung für den aktiven Wehrdienst bildet die «arische» Abstammung.

11. Juni

Verfügung des preußischen Innenministers: Im Hinblick auf die Olympiade 1936 sind Tafeln «Juden unerwünscht» und dgl. von Hauptverkehrsstraßen unauffällig zu entfernen.

18. Juni

Voraussetzung für die Diplomprüfung für Landwirte ist der Nachweis «arischer» Abstammung.

6. September

Der Verkauf von jüdischen Zeitungen auf den Straßen ist verboten.

10. September

Ankündigung der Rassentrennung in den Volksschulen ab 1936.

11. September

In Zukunft sind für Juden nur Pässe mit Geltung für das Inland auszustellen.

15. September

«Nürnberger Gesetze»

Reichsbürgergesetz: Reichsbürger sind nur Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes

Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre:

§ 1: Eheschließungen zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes sind verboten. Trotzdem geschlossene Ehen sind nichtig.

§ 2: Außerehelicher Verkehr zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes ist verboten. («Rassenschande»)

§ 3: Juden dürfen weibliche Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes unter 45 Jahren in ihrem Haushalt nicht beschäftigen.

§ 4: Juden ist das Hissen der Reichs- und Nationalflagge und das Zeigen der Reichsfarben verboten.

18. September

Gestapo verfügt Inschutzhaftnahme wegen «Rassenschande».

30. September

Beurlaubung sämtlicher jüdischer Richter, Staatsanwälte und Beamten.

17. Oktober

Jüdische Kinobesitzer müssen ihre Kinos bis zum 10. 12. 1935 an «Arier» verkaufen.

30. Oktober

Juden wird das Führen von Künstlernamen verboten.

14. November

1. Verordnung zum Reichsbürgergesetz: Aberkennung des Wahlrechts und der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter; Entlassung aller jüdischen Beamten einschließlich der Frontkämpfer.

14. November

1. Verordnung zum Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre Verbot von Eheschließungen zwischen Juden und «Mischlingen» 2. Grades.

18. November

Auflösung des Verbandes Nationaldeutscher Juden.

Dezember

Juden werden aus dem Reichsbund der Deutschen Kapital- und Kleinrentner e. V. ausgeschlossen.

21. Dezember

2. Verordnung zum Reichsbürgergesetz: Die Verordnung bestimmt, wer als Beamter (Hochschullehrer usw.) anzusehen ist und entlassen wird.

1936

14. Februar

Entziehung der Lehrbefugnis von jüdischen Honorarprofessoren, nicht beamteten außerordentlichen Professoren und Dozenten an wissenschaftlichen Hochschulen.

31. März

Bekanntmachung des Präsidenten der Reichsschrifttumskammer

Die Mitglieder des Bundes Reichsdeutscher Buchhändler sind verpflichtet, für die Berechtigten und deren Ehegatten den Nachweis der «arischen» Abstammung bis zum Jahre 1800 zurück zu bringen.

19. Juni

Die Apothekerkonzession darf an Juden nicht mehr verliehen werden.

4. September

Die Aufhebung des jüdischen Religionsunterrichts an den höheren Schulen wird auf Mittelschulen ausgedehnt.

4. Oktober
Runderlaß des Reichsinnenministeriums zur Taufe von Juden: Der Übertritt zum Christentum verändert den Status nicht.
9. Oktober
Verbot der politischen Betätigung des Reichsbunds jüdischer Frontkämpfer (Beschränkung auf Betreuung der jüdischen Kriegsofizer).
21. Oktober
Der «Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens» muß seinen Namen in «Jüdischer Centralverein» ändern.
21. Dezember
Verbot jüdischer Versammlungen und Veranstaltungen.

1937

26. Januar
Deutsches Beamtengesetz Beamter kann nur werden, wer deutschen oder artverwandten Blutes ist und mit einer Person gleicher Abstammung (außer Mischling zweiten Grades) verheiratet ist. Beamte, die diese Bedingung nicht erfüllen, sind zu entlassen.
13. Februar
Reichsnotarverordnung
Juden dürfen nicht zum Notar bestellt werden.
13. März
Einrichtung jüdischer Sonderklassen in Berufsschulen.
18. März
Erneute Gestapo-Anweisung zur strengen Überwachung assimilatörisch eingestellter Juden.
10. April
Die Loge «B'nai B'rith» und andere jüdische Organisationen werden aufgelöst und ihr Vermögen beschlagnahmt.
15. April
Juden werden zur Doktorprüfung nicht mehr zugelassen.
8. September
3 Verordnung über die Zulassung von Ärzten zur Tätigkeit bei den Krankenkassen: Nicht zuzulassen sind Ärzte, die selbst oder deren Ehegatten nicht deutschen oder artverwandten Blutes sind.
13. September
Juden können aus der Schutzhaft entlassen werden, wenn eine Auswanderung nach Palästina oder nach Übersee gewährleistet ist.
4. Oktober
Jüdisch «versippte» Richter sind in Zukunft nur in Grundbuch-, Verwaltungssachen und ähnlichen Bereichen zu beschäftigen.
8. Oktober
Bestellungsordnung für Apotheker. Die Bestellung ist zu versagen, wenn der Bewerber Jude ist.
21. Oktober
Erlaß des Reichsführers SS und Chef der Deutschen Polizei zur Rückkehr von Emigran-

- ten in das Reichsgebiet: Emigranten werden bei ihrer Rückkehr verhaftet und in «Schulungslager» eingewiesen. Als Emigrant gilt, wer das Reich nach dem 30. 1. 1933 aus politischen Gründen verlassen hat.
4. November
Im Verkehr mit den Justizbehörden wird Juden der «Deutsche Gruß» nicht mehr gestattet.
16. November
Erlaß des Reichsinnenministeriums: Auslandspässe dürfen Juden nur in Ausnahmefällen ausgestellt werden, nämlich
1. für die Auswanderung
 2. für Reisen im volkswirtschaftlichen Interesse Deutschlands
 3. bei schwerer Erkrankung oder bei Todesfällen von Angehörigen
 4. bei eigener Erkrankung
 5. zum Besuch von Kindern in ausländischen Erziehungsanstalten.
17. Dezember
Der Unterricht der hebräischen Sprache an höheren Schulen wird verboten, Prüfungen in diesem Fach finden nicht mehr statt.

1938

1. Januar
Juden können nicht Mitglieder des Deutschen Roten Kreuzes sein.
1. Januar
Ausschluß der jüdischen Ärzte aus den Ersatzkassen.
5. Januar
Gesetz über die Änderung von Familien- und Vornamen
Grundsätzlich ist die Änderung jüdischer Familiennamen von Nichtjuden oder von Deutschen, in deren Familien der Anteil jüdischen Blutes gering ist, zu bestätigen. Änderungen jüdischer Familiennamen von Juden oder jüdischen «Mischlingen» sind nicht statthaft, da sie zur Verschleierung der Abstammung beitragen.
16. Februar
«Arierparagraph» in der Bestallungsordnung für Tierärzte.
18. März
Juden wird die gewerbsmäßige Herstellung, Bearbeitung oder Instandsetzung von Schußwaffen oder Munition, gewerbsmäßiger Erwerb, Feilhalten oder Überlassen sowie Vermittelung solcher Geschäfte verboten.
28. März
Die jüdischen Gemeinden verlieren den Status einer «Körperschaft des öffentlichen Rechts». Ab 1. 4. 1938 gelten sie als Vereine und müssen die Eintragung ins Vereinsregister beantragen.
26. April
Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden über 5000 Reichsmark. Der Beauftragte für den Vierjahresplan kann Maßnahmen treffen, um den Einsatz des anmeldepflichtigen Vermögens im Interesse der deutschen Wirtschaft sicherzustellen.
31. Mai
Juden werden von der Vergabe öffentlicher Aufträge ausgeschlossen.

9. Juni
Juden wird verboten, als Gasthörer an deutschen Universitäten Vorlesungen zu besuchen.
14. Juni
3. Verordnung zum Reichsbürgergesetz: Registrierung und Kennzeichnung jüdischer Gewerbebetriebe.
15. Juni
«Juni-Aktion». Verhaftung aller (auch wegen Bagatelldelikten) «vorbestraften» Juden und Einweisung in Konzentrationslager.
20. Juni
Ausschaltung der Juden aus dem Börsenhandel.
6. Juli
Änderung der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich
Juden wird die Ausübung des Bewachungsgewerbes, die gewerbsmäßige Auskunftserteilung über Vermögen und persönliche Angelegenheiten, das Handeln mit Grundstücken, die Vermittlung von Immobilienverträgen und Darlehen der Hausverwaltung, die gewerbsmäßige Heiratsvermittlung, das Fremdenführergewerbe sowie der Hausierhandel und die Ausübung eines Gewerbes außerhalb des Ortes der Niederlassung verboten. (Die Verbote treten zu verschiedenen Zeitpunkten bis 31. 12. 1938 in Kraft.)
23. Juli
Einführung der Kennkarte für Juden ab 1. 1. 1939.
25. Juli
4. Verordnung zum Reichsbürgergesetz: Streichung der Approbation der jüdischen Ärzte ab 30. 9. 1938. Danach können jüdische Ärzte nur in Ausnahmefällen als «Krankenbehandler» für Juden tätig sein.
27. Juli
Runderlaß des Reichsinnenministeriums über jüdische Straßennamen: Sämtliche nach Juden und jüdischen «Mischlingen 1. Grades» benannten Straßen sind umzubenennen.
17. August
Ab 1. 1. 1939 müssen Juden ihrem Vornamen den Zwangsnamen «Sara» bzw. «Israel» hinzufügen.
27. September
5. Verordnung zum Reichsbürgergesetz: Streichung der Zulassung aller jüdischen Rechtsanwälte ab 30. 11. 1938. Weitere Tätigkeit nur in Ausnahmefällen als «jüdische Konsulenten» für Juden.
28. September
Juden dürfen Krankenpflege nur an Juden oder in jüdischen Anstalten ausüben; ihre Ausbildung erfolgt nur in jüdischen Krankenpflegeschulen.
3. Oktober
Vorträge für jüdische Veranstaltungen müssen zuvor vom Propagandaministerium genehmigt werden.
5. Oktober
Einziehung der Reisepässe von Juden und erschwerte Neuausgabe mit Kennzeichen «J».
28. Oktober
Ausweisung in Deutschland lebender Juden polnischer Nationalität.
7. November
Attentat Herschel Grünspons (Grynszpan), dessen Eltern von der «Polen-Aktion» betroffen sind, in Paris auf den deutschen Gesandtschaftsrat Ernst vom Rath.

- 9./10. November
«Reichskristallnacht»: Von der NSDAP organisierter Pogrom.
12. November
Verordnung über eine Sühneleistung der deutschen Juden in Höhe von 1 Milliarde RM.
12. November
1. Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben: Schließung aller jüdischen Geschäfte und Handwerksbetriebe.
12. November
Verordnung zur Wiederherstellung des Straßenbildes bei jüdischen Gewerbebetrieben: Juden haben alle Schäden des Pogroms selbst zu tragen.
12. November
Juden wird der Besuch von Theatern, Kinos, Konzerten, Ausstellungen usw. verboten.
15. November
Jüdischen Kindern ist der Besuch deutscher Schulen nicht mehr gestattet.
28. November
Polizeiverordnung über das Auftreten der Juden in der Öffentlichkeit: Einschränkung der Bewegungsfreiheit.
28. November
Erfassung der jüdischen Wohnungen.
29. November
Juden ist das Halten von Brieftauben verboten.
- Dezember
Anordnung des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda
Jüdische Verlage und Buchhandlungen sind bis zum 31. 12. 1938 aufzulösen.
3. Dezember
Entziehung der Führerscheine und Zulassungspapiere für Juden.
3. Dezember
Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens
Zwangsveräußerung jüdischer Gewerbebetriebe, von Grundeigentum, Wertpapieren, Juwelen, Schmuck und Kunstgegenständen.
5. Dezember
7. Verordnung zum Reichsbürgergesetz: Die Ruhegehälter ausgeschiedener jüdischer Beamter werden herabgesetzt.
9. Dezember
Erlaß des Reichswirtschaftsministers
Nichtzulassung von Juden zu handwerklichen, kaufmännischen usw. Prüfungen.

1939

- Anfang 1939
Alle jüdischen politischen Organisationen werden aufgelöst (einschließlich der Zionistischen Vereinigung und des Centralvereins).
17. Januar
8. Verordnung zum Reichsbürgergesetz: Erlöschen der Zulassung jüdischer Zahnärzte, Tierärzte und Apotheker.

24. Januar

Errichtung der Reichszentrale für die jüdische Auswanderung.

15. März

Erlaß des Reichsführers SS und Chef der Deutschen Polizei: Verhinderung illegaler Auswanderung von Juden.

30. April

Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden: Gesetzliche Vorbereitung zur Zusammenlegung jüdischer Familien in «Judenhäusern».

4. Juli

10. Verordnung zum Reichsbürgergesetz: Errichtung der «Reichsvereinigung der Juden in Deutschland» (anstelle der Reichsvertretung der Juden in Deutschland) als Zwangsverband aller «Nichtarier» unter Gestapo-Kontrolle.

1. September

Ausgangsbeschränkungen für Juden im Winter ab 20.00 Uhr, im Sommer ab 21.00 Uhr.

7. September

Inschutzhaftnahme aller männlichen polnischen Juden.

12. September

Zuweisung von besonderen Lebensmittelgeschäften für Juden.

20. September

Juden wird der Besitz von Rundfunkempfängern verboten.

12. Oktober

Erste Deportationen aus Österreich und dem «Protektorat» ins «Generalgouvernement».

1940

12./13. Februar

Deportation der Stettiner Juden ins «Generalgouvernement».

10. April

Für alle in den Konzentrationslagern inhaftierten jüdischen Schutzhäftlinge wird für die Dauer des Krieges eine allgemeine Entlassungssperre angeordnet.

13. April

Juden werden aus der privaten Krankenversicherung ausgeschlossen.

30. April

Erstes bewachtes Ghetto in Lodz («Generalgouvernement») wird errichtet.

3. Juni

Erlaß zur arbeitsrechtlichen Behandlung der Juden: keinerlei Vergünstigungen wie Lohnzahlungen für Feiertage oder Weihnachtsgratifikationen.

4. Juli

Für den Einkauf von Lebensmitteln von und für Juden wird in Berlin die Stunde von 4.00 bis 5.00 nachmittags festgesetzt.

19. Juli

Ausschluß der Juden als Fernsprechteilnehmer.

7. Oktober

Bei Benutzung der Luftschutzräume durch Juden soll auf ihre Abtrennung von den übrigen Bewohnern geachtet werden.

16. Oktober

Errichtung des Warschauer Ghettos.

22. Oktober

Deportation von Juden aus Elsaß-Lothringen, dem Saarland, der Pfalz und Baden nach Südfrankreich («Bürckel-Aktion»).

15. November

Alle Angehörigen der deutschen Polizei sollen im Laufe des Winters den Film «Jud Süß» sehen.

9. Dezember

Verordnung über Kinderbeihilfen: Kinderbeihilfen werden nur für Kinder gewährt, die «deutschen» oder «artverwandten» Blutes sind.

12. Dezember

Sämtliche jüdische Geisteskranke sollen in der jüdischen Heil- und Pflgeanstalt Sayn-Bendorf konzentriert werden.

1941

26. April

Erlaß über jüdische Schulen Die Reichsvereinigung wird angewiesen, ihre Schulen in großen Städten zu konzentrieren und die «Zwergschulen» aufzulösen.

6. Mai

Verfahrensordnung der Reichskammer der bildenden Künste als Ankaufsstelle für Kulturgut. Die Verordnung regelt das Verfahren der Reichskammer als Ankaufsstelle für jüdisches Kulturgut; u. a. kann der jüdische Eigentümer zum Verkauf gezwungen werden.

20. Mai

Die Auswanderung von Juden in das unbesetzte Frankreich ist angesichts der bevorstehenden «Endlösung» zu verhindern. Die Auswanderung wird in Zukunft nur in Sonderfällen und mit spezieller Genehmigung des Reichssicherheitshauptamtes gestattet.

Juni/August

Pogrome in den besetzten russischen Gebieten.

26. Juni

Juden erhalten keine Zusatzscheine mehr für Seife und Rasierseife.

20. Juli

Juden erhalten keine Entschädigung für Kriegsschäden.

31. Juli

Heydrich wird beauftragt, alle erforderlichen Vorbereitungen in «sachlicher und materieller Art zu treffen für eine Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflußgebiet in Europa».

August

Juden im wehrfähigen Alter (18 bis 45) wird die Auswanderung nicht mehr gestattet.

2. August

Juden dürfen die allgemeinen Leihbüchereien nicht mehr benutzen.

30. August

Sperrung des Inlandsvermögens der nach den Niederlanden ausgewanderten Juden.

1. September
Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden: Einführung des Judensterns im Reich ab 15.9. 1941 für alle Juden vom 6. Lebensjahr an.
3. September
Erste «Versuchsvergasungen» in Auschwitz.
18. September
Erlaß des Reichsverkehrsministeriums über die Benutzung der Verkehrsmittel durch Juden: Verlassen des Wohnorts nur mit polizeilicher Erlaubnis, Verbot, Schlaf- und Speisewagen zu benutzen, Benutzung übriger Verkehrsmittel nur mit erheblichen Einschränkungen.
24. September
Juden wird der Gebrauch von Schecks verboten; ihre Scheckhefte werden eingezogen.
24. September
Allgemeine Verfügung über die Nichtigkeit letztwilliger Verfügungen, durch die ein «deutschblütiger» Erblasser einen Juden bedenkt.
- 29./30. September
Massenmorde in Kiew durch «Einsatzgruppe C»: Erschießung von 33771 Juden in der Schlucht von Babijar.
- Oktober/Dezember
Judenvernichtungen durch «Einsatzgruppen» in ganz Südrußland.
14. Oktober
Beginn der systematischen Deportation von Juden aus dem «Altreich».
23. Oktober
Emigrationsverbot für die Dauer des Krieges.
24. Oktober
Runderlaß des Reichssicherheitshauptamtes: Deutschblütige Personen, die freundschaftliche Beziehungen zu Juden zeigen, sind in Schutzhaft zu nehmen, der Jude in ein Konzentrationslager einzuliefern.
24. Oktober
Befehl zur Deportation von ca. 50000 Juden aus dem «Altreich», Österreich und Böhmen-Mähren in den Osten.
31. Oktober
Arbeitsverhältnis von Juden: Der Jude ist als Artfremder nicht Mitglied einer deutschen Betriebsgemeinschaft. Eine Reihe von sozialen Gesetzen findet keine Anwendung. Juden haben die ihnen von den Arbeitsämtern zugewiesene Beschäftigung anzunehmen und werden gruppenweise, getrennt von der übrigen Gefolgschaft, eingesetzt. Jüdische Jugendliche können zu allen Tageszeiten beschäftigt werden. Auch jüdische Schwerbeschädigte müssen die ihnen zugewiesene Arbeit annehmen.
4. November
Abschiebung von Juden, die nicht in volkswirtschaftlich wichtigen Betrieben beschäftigt sind, in die besetzten Ostgebiete.
13. November
Erfassung von Schreibmaschinen, Fahrrädern, Photoapparaten und Ferngläsern bei Juden.
25. November
11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz: Einziehung jüdischen Vermögens bei der Deportation.

12. Dezember
Verbot der Benutzung öffentlicher Fernsprechkabellen durch Juden.
18. Dezember
Schwerkriegsbeschädigte Juden erhalten keinen Ausweis mehr, der sie als schwerkriegsbeschädigt kenntlich macht.
20. Dezember
Bescheid über das Ruhen von Renten der Juden gemäß der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz.
- Ende Dezember
Beginn der Massenvernichtung im Vernichtungslager Chelmno.

1942

5. Januar
Sammelaktion für die Ostfront: Juden haben bis zum 16. 1. 1942 ihre Pelz- und Wollsachen sowie Skier, Ski- und Bergschuhe abzugeben.
15. Januar
Beginn der «Umsiedlungsaktion» von Lodz nach Chelmno.
20. Januar
Wannsee-Konferenz über die Ausrottung des europäischen Judentums (1. Konferenz von Vertretern der Reichsbehörden zur «Endlösung der Judenfrage»).
14. Februar
Auflösung von jüdischen Auswanderer-Beratungsstellen.
15. Februar
Juden dürfen keine Haustiere mehr halten.
17. Februar
Juden werden vom Zeitungsbezug ausgeschlossen.
6. März
2. Konferenz über die «Endlösung» in Berlin: Erörterung der Möglichkeiten zur Sterilisation aller «Mischlinge».
13. März
Erlaß über die Kennzeichnung der Wohnungen von Juden.
17. März
Errichtung des Vernichtungslagers Belzec.
- Mitte März
Beginn der «Aktion Reinhard» (Liquidierung der Ghettos in Polen und Deportation in die Vernichtungslager).
24. April
Verbot der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel durch Juden im Reich.
- Anfang Mai
Errichtung des Vernichtungslagers Sobibor.
12. Mai
Juden dürfen von nichtjüdischen Friseuren nicht mehr bedient werden.
26. Mai
Verbot des Verkaufes deutscher Volkstrachten an Fremdvölkische und Juden.

- Juni
Beginn der Massenvergasungen in Auschwitz.
2. Juni
Beginn der Deportation deutscher Juden in das Ghetto Theresienstadt.
9. Juni
Juden haben alle entbehrlichen Kleidungsstücke abzuliefern.
11. Juni
Juden erhalten keine Raucherkarte mehr.
20. Juni
Die Reichsvereinigung wird angewiesen, mit Wirkung vom 30. 6. 1942 sämtliche jüdische Schulen zu schließen.
- Juli
Errichtung des Vernichtungslagers Treblinka.
22. Juli
Die «Umsiedlung» der Warschauer Ghetto-Bewohner in die Vernichtungslager Belzec und Treblinka beginnt.
26. August
Deutschblütige Hausangestellte dürfen nicht mehr bei Juden beschäftigt werden und wohnen.
1. September
Anordnung des Reichsministers des Innern
Der Nachlaß verstorbener KZ-Häftlinge fällt an das Reich.
18. September
Die Versorgung von Juden mit Fleisch, Fleischprodukten, Eiern, Milch und anderen zuge teilten Lebensmitteln wird eingestellt.
24. September
Soldaten ist die Heiratserlaubnis mit Frauen, die früher mit einem Juden verheiratet waren, zu verweigern.
- Oktober
Im Reichsgebiet befindliche Konzentrationslager werden «judenfrei» gemacht und die jüdischen Häftlinge nach Auschwitz gebracht.
27. Oktober
3. Konferenz über die «Endlösung» in Berlin Plan zur Zwangstrennung aller «Misch-ehen» und Programm zur Sterilisierung der «Mischlinge».

1943

27. Februar
«Fabrik-Aktion» in Berlin Deportation der jüdischen Zwangsarbeiter nach Auschwitz.
11. März
Juden sind nach Verbüßung einer Strafe – gleich welcher Höhe – auf Lebenszeit den Konzentrationslagern Auschwitz oder Lublin zuzuführen.
19. April–16. Mai
Aufstand im Warschauer Ghetto.

29. April
Die Presse wird angewiesen, die Judenfrage fortlaufend und ohne Pause zu behandeln.
- Anfang Juni
Mit Wirkung vom 10. 6. 1943 wird die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland aufgelöst.
11. Juni
Himmler befiehlt die Liquidierung aller polnischen Ghettos. Am 21. Juni wird der Befehl auf die Sowjetunion ausgedehnt.
19. Juni
Goebbels erklärt Berlin für «judenfrei».
1. Juli
13. Verordnung zum Reichsbürgergesetz: Die Juden werden unter Polizeirecht gestellt. Nach dem Tode eines Juden fällt sein Vermögen an das Reich.
- August/Dezember
Liquidierung der polnischen und russischen Ghettos.

1944

12. Januar
Juden erhalten keine Kontrollkarten für den Briefverkehr mit dem Ausland mehr.
8. Februar
Jüdische «Mischlinge» ersten Grades und mit Juden oder jüdischen «Mischlingen» ersten Grades Verheiratete werden von der Mitgliedschaft in der Deutschen Arbeitsfront ausgeschlossen.
- April/Juni
Massendeportationen aus Südeuropa nach Auschwitz.
20. Juli
Sowjetische Truppen befreien das KZ Majdanek.
- Herbst
Beginn der Rückführung von Häftlingen vor den heranrückenden alliierten Armeen in das Reich.
2. November
Vergasungen in Auschwitz werden eingestellt.
26. November
Zerstörung der Gaskammern und Krematorien in Auschwitz-Birkenau.

1945

27. Januar
Auschwitz wird von sowjetischen Truppen befreit.
16. Februar
Runderlaß zur Behandlung von «Entjudungsakten»: Wenn der Abtransport von Akten, deren Gegenstand antijüdische Tätigkeiten sind, nicht möglich ist, sind sie zu vernichten, damit sie nicht dem Feind in die Hände fallen.

11. April

Buchenwald wird von amerikanischen Truppen befreit.

15. April

Bergen-Belsen wird von alliierten Truppen befreit.

29. April

Dachau wird von amerikanischen Truppen befreit.

2. Mai

Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes übernehmen Theresienstadt.

7./9. Mai

Kapitulation der deutschen Wehrmacht.